

Haushaltsrede am 19. Dezember 2018
Landkreis Bodenseekreis
Henrik Wengert, Freie Wähler Fraktion

Sehr geehrter Herr Landrat Wölflé,
sehr geehrter Herr Hermanns, sehr verehrte Dezernenten,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor uns liegt die Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2019, den vierten doppischen Haushalt des Bodenseekreises. Das Gesamtwerk wiegt nicht nur äußerlich ziemlich schwer. Die Seitenzahl hat um 169 Seiten auf 506 Seiten zugenommen und an Gewicht hat sich dieses Werk, gegenüber dem Haushaltsplan 2018, ebenfalls um 845 Gramm auf 2,53 Kilogramm gesteigert. Mal sehen, wann wir die 3 Kilo Marke reißen.

Inhaltlich ist es deswegen aber nicht leichter geworden, auch wenn ich zu Beginn, nach der Verwaltungsschelte im letzten Jahr, gleich deutlich machen möchte, dass dieser Haushalt schon viel besser zu lesen und die Inhalte schon wesentlich besser zu erfassen sind. Und wenn es trotzdem Rückfragen gab, standen Herr Hermanns und Herr Männle jederzeit kompetent und aussagekräftig zur Verfügung. Vielen Dank dafür.

Dennoch, es gab Jahre, da war der Weg zur Verabschiedung eines Kreishaushalts lang, in der inhaltlichen Auseinandersetzung in den Ausschüssen mühsam und in der Diskussion zuweilen recht holprig.

Nun, in diesem Jahr stellt sich die Situation offensichtlich etwas anders dar, obwohl wir uns kurz vor den Kommunalwahlen 2019 befinden. Von

Beginn an waren die Gespräche fraktionsübergreifend eher unaufgeregt, entspannt und durchaus von einer gewissen Harmonie geprägt.

Das hängt natürlich mit den derzeit sicherlich optimalen Rahmenbedingungen zusammen. Unsere Wirtschaft brummt, wir können derzeit fast gar auf eine Vollbeschäftigung blicken und ganz wichtig, die Steuereinnahmen sprudeln wie lange nicht mehr. Nachdem wir bereits im Jahr 2018 durch die gestiegene Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden des Bodenseekreises schon über die Kreisumlage ein Plus von 8,7 Mio. EUR im Ergebnishaushalt verzeichnen konnten, steigt diese im Jahr 2019 nochmals um den annähernd gleichen Betrag - prognostiziert sind 8,6 Mio. EUR. Insgesamt führt dies zu einem Überschuss im Ergebnishaushalt von rund 12,2 Mio. EUR. Im Verhältnis zu den vergangenen Jahren natürlich ein überaus erfreuliches Ergebnis.

Was den Haushalt 2019 angeht, scheint also alles in Butter. Die Faustformel, dass die Kreisumlage den Sozialhaushalt finanzieren sollte, geht fast vollständig auf, dürfte aber aufgrund der Vielzahl stationärer sozialer Einrichtungen im Bodenseekreis nicht die Regel sein. Die Abschreibungen konnten erwirtschaftet werden und die restlichen Steuereinnahmen sorgen schließlich dafür, dass bis auf eine „rentierliche“ Kreditaufnahme von 3,5 Mio. Euro für das Bildungszentrum die Investitionen in Höhe von 25,2 Mio. EUR in vollem Umfang finanziert werden können. Mit den gebundenen Finanzmitteln aus den Vorjahren in Höhe von 16,0 Mio. EUR ergibt sich für 2019 gar ein Gesamtinvestitionsvolumen von 41,0 Mio. EUR, wobei wir nicht annehmen, dass dieses in dieser Höhe umgesetzt werden kann. Insofern, um im Konjunktiv zu bleiben, wäre auch eine anderweitige Kreditschließung zum Haushaltsausgleich vermutlich kaum kassenwirksam geworden.

Dennoch, bei einer genauen Analyse des Haushalts und der mittelfristigen Finanzplanung, welche wir heute ebenfalls beschließen, müssen wir uns auch vor Augen halten, dass wir in den vergangenen Jahren den Großteil unserer Investitionen aus unserem Bestand, also aus unseren finanziellen Rücklagen finanziert haben. Die Liquidität wird sich insofern langsam aber sicher auf Höhe der geforderten gesetzlichen Mindestrücklage bzw. Mindestliquidität von 5,8 Mio. Euro einpendeln.

Und wenn wir dann noch sehen, dass wir für die künftigen Haushaltsjahre Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 42,3 Mio. EUR eingehen werden, können zwei wesentliche Dinge festgestellt werden.

Zum einen beschließen wir nicht nur den Haushalt 2019, sondern binden uns schon jetzt in einer Art und Weise für die kommenden Haushaltsjahre, dass es für den kommenden Kreistag, der ja im Mai 2019 gewählt wird, vermutlich nur noch wenig Entscheidungsspielräume geben wird.

Wenn wir dann noch, und somit komme ich zum zweiten Punkt, davon ausgehen, dass auch die Wirtschaft in den kommenden Jahren realistischer Weise nicht auf ein ständiges Wachstum blicken kann und dies sicherlich auch negative Auswirkungen auf die Einnahmesituation des Landkreises haben wird, dann werden wir definitiv keine leichten Haushaltsjahre vor uns haben.

Insofern müssen auch wir, die Mitglieder des Kreistags, uns disziplinieren, und Entscheidungen, die uns in den Folgejahren finanziell enorm belasten werden, mit Bedacht treffen.

Gerade in der mittelfristigen Finanzplanung haben wir eine Vielzahl von Maßnahmen, mit denen wir noch nicht einmal oder gerade so begonnen haben. Ich spreche hierbei beispielsweise von

- dem Darlehen an die Ritz GmbH,
- die Sanierung des Bildungszentrums Markdorf und deren Sporthalle,
- dem Neubau der Straßenmeisterei Markdorf,
- dem Bau der Ortsumfahrung Markdorf,
- der Basisabdichtung des Entsorgungszentrums Weiherberg
- und etlichem mehr

Wir möchten jetzt aber auch nicht zu schwarz Malen und konkret auf den Haushalt 2019 zurückkommen. Denn natürlich müssen wir uns den Pflichtaufgaben des Landkreises stellen. Ganz oben steht dabei die Sanierung des Bildungszentrums Markdorf, welche wir zu Recht in der jüngsten Vergangenheit auch einstimmig beschlossen haben und welche den Kreishaushalt in den kommenden Jahren unter Berücksichtigung der Sporthallensanierung insgesamt mit annähernd 17,0 Mio. EUR belasten wird.

Auch bei den Freien Wählern steht Bildung auf der Agenda ganz oben. Deshalb gehen wir hier gerne mit. Untersuchungen aus den USA legen sogar nahe, dass ein direkter Zusammenhang zwischen dem Gebäudezustand und dem Lernerfolg besteht. Ist die Schule ordentlich ausgestattet, erzielen die Schüler offenbar bessere Ergebnisse.

Mit den neuen Einrichtungen wird das Bildungszentrum auch endlich den Anforderungen eines Ganztagsbetriebs optimal gerecht werden, zumal dieser Bedarf stetig steigt. Der Ganztagsbetrieb macht jedoch nicht nur eine Ausweitung des pädagogischen Angebots erforderlich, sondern auch

eine Ausweitung der Räumlichkeiten. Ohne eine Kantine für die Mittagsmahlzeit und ohne gut ausgestattete Aufenthaltsorte für Freistunden geht es nun mal nicht.

Aber auch die Sanierung von sechs Kreisstraßen sowie die Fortführung der Südumfahrung Kehlen ist eine wichtige Aufgabe, welcher wir uns mit insgesamt prognostizierten 6,8 Mio. EUR gerne stellen.

Neben den Pflichtaufgaben, widmen wir uns aber auch in hohem Maße freiwilligen Aufgaben. Nur so ist es zu erklären, dass wir im Vergleich mit den restlichen Landkreisen in Baden-Württemberg mit einem Pro-Kopf-Investitionsbedarf von 70,00 EUR je Einwohner an der Spitze des Landes Baden-Württemberg stehen und im Verhältnis dazu auf eine relativ geringe Pro-Kopf-Verschuldung blicken können. Wenn wir die Verschuldung also dieses Jahr einmal nicht reduzieren können, halte ich dieses Vorgehen bei unserem überdurchschnittlichen Investitionsdrang durchaus für gerechtfertigt.

Dennoch sollten wir uns künftig sehr genau überlegen, in welchen Bereichen wir freiwillige Aufgaben übernehmen, welche an sich nicht in unseren Zuständigkeitsbereich fallen. Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, wir halten das nämlich nur dann für angebracht, wenn die dadurch erreichten Verbesserungen den Bürgern in unserem Landkreis direkt zugutekommen.

Denn in welchem Bereich haben wir die größten Schwächen? Welche Dinge belasten die Menschen in unserem Kreis vermeintlich am meisten? Natürlich unsere Verkehrsinfrastruktur – sie entspricht bei Weitem nicht den Anforderungen an ein modernes System zur schonenden Lenkung von Verkehrsströmen. Das ist seit Jahrzehnten wahrlich nichts Neues.

Wenn wir also freiwillige Aufgaben übernehmen, um konkret diese Probleme zu lösen, scheint uns das durchaus gerechtfertigt. Sei es die

- Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn oder
- der längst überfällige Neubau von weiteren Radwegen sowie
- die Bezuschussung von Elektromobilität im bedarfsorientierten öffentlichen Personennahverkehr.

Dies alles wird zu einer Reduzierung des PKW-Straßenverkehrs führen, der uns hier im Bodenseekreis in hohem Maße belastet. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir in diesem Zusammenhang auch die Umgehungsstraßen, also die mittlerweile im Bundesverkehrswegeplan verankerten, sechs noch nicht geplanten Bundesstraßen, berücksichtigen. Als im Sommer dieses Jahres die Pressemitteilung des Landes hinsichtlich der Priorisierung der weiteren Planungen veröffentlicht worden ist, vertrauten wir noch darauf, dass diese Priorisierung in der Gewissheit einer tatsächlichen Umsetzung bis zum Jahr 2030 ergangen ist.

Ernüchterung haben wir dann bei einem Gespräch mit unserem Regierungspräsidenten, Herrn Klaus Tappeser, erfahren, wonach die Zeitschiene der angestrebten Planungen mangels Personal bei der Straßenbauverwaltung des Landes wohl kaum eingehalten werden kann. Was es bedeutet, wenn auf diesen Bundesstraßen bis 2030 nicht abschließend geplant sein sollte, muss ich vermutlich nicht näher erläutern. Schon deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir uns zeitnah mit der etwaigen Finanzierung einer Planungsgesellschaft Bodensee-Oberschwaben beschäftigen, auch wenn ich weiß, dass das jetzt einige Kolleginnen und Kollegen im Saal nur sehr ungern hören. Gerade der angestrebte Bürgerhaushalt 2019 hat uns gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger des Kreises kaum

in die Aufgaben des Landkreises eingebunden sind. Wenn wir also etwas für unsere Bevölkerung tun wollen was verstanden wird und direkt dort ankommt, dann sicherlich im Bereich der Verkehrsinfrastruktur.

Zum Bereich der Verkehrsinfrastruktur zähle ich auch den Flughafen Friedrichshafen, zu welchem die Freien Wähler von Anfang an gestanden haben und weiterhin stehen werden. Dem Bericht des Geschäftsführers Herrn Wehr konnten wir im Laufe dieses Jahres entnehmen, dass es gelungen ist, Investitionen vollständig aus dem operativen Geschäft zu finanzieren und dennoch ein positives EBIT-DA in Höhe von rund einer Million EUR zu erwirtschaften. Mit dem operativen Geschäft kann also durchaus ein positives Ergebnis erzielt werden.

Durch die zuletzt gefassten Beschlüsse dieses Gremiums sollte sich insbesondere die Tilgung von Verbindlichkeiten zusätzlich beschleunigen. Nachdem die Fluggesellschaft Sun Air ab Januar 2019 nun auch noch Hamburg anfliegen wird und sich auch das Land Baden-Württemberg seiner Verantwortung als Mitgesellschafter stellt, können wir zuversichtlich in die Zukunft blicken.

An dieser Stelle wiederhole ich es nochmal, ein Großteil unserer Investitionen beziehen sich auf freiwillige Aufgaben. Teilweise sogar solche, für die wir an sich nicht zuständig sind und somit die Defizite von Land und Bund auszugleichen versuchen.

Dennoch appelliere ich nochmals an dieses Gremium und die Verwaltungsspitze, künftig nicht auf alle Züge von vermeintlich sinnvollen, aber freiwilligen Aufgaben aufzuspringen. Das schont einerseits unseren Haushalt und sorgt andererseits für eine verbesserte Work-Life-Balance unseres

Landrats. Lieber Herr Wölfle, die Freien Wähler haben halt immer alles im Blick.

Beispielhaft steht dafür der angestrebte Halbstundentakt der Fährverbindung zwischen Friedrichshafen und Romanshorn. Zum einen scheint der Bedarf zweifelhaft, zum anderen wissen wir schon heute, dass sich das Defizit bei einer entsprechenden Umsetzung deutlich erhöhen wird. Und falls künftig überhaupt noch finanzielle Spielräume bestehen sollten, scheinen diese in der Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum deutlich besser investiert zu sein.

Aber nicht nur bei der Verkehrsinfrastruktur spielen wir keine herausragende Rolle, nein, leider auch beim Ausbau der Breitbandinfrastruktur, also der Erschließung jedes Haushalts mittels Glasfaser.

Die Sicherstellung einer ausreichenden Breitbandversorgung für die Bevölkerung und die Wirtschaft ist für den gesamten Bodenseekreis zwischenzeitlich ein zentrales Thema der Daseinsvorsorge geworden. Nachdem es vielerorts - gerade im ländlichen Raum - diesbezüglich ein Marktversagen gibt, bleibt der öffentlichen Hand nur die Möglichkeit, sich diesem Thema selbst zu widmen. Dies trifft zum einen das Backbone Netz, welches durch den Landkreis vorangetrieben werden soll, zum anderen die Ausbauplanungen der Städte und Gemeinden. Der geplante Zweckverband Breitband Bodenseekreis, der diese dringend erforderliche Infrastruktur eines Leerrohrnetzes umsetzen sollte, kommt leider nur schleppend in Fahrt. Insofern appellieren wir an alle Protagonisten, ihre vermeintlich wirtschaftlichen Interessen nicht über das digitale Wohl der Bürgerinnen und Bürger sowie der Firmen dieses Landkreises zu stellen. Denn nur gemeinsam wird

uns diesbezüglich ein großer und auch wirtschaftlich vertretbarer Wurf gelingen.

Zum Abschluss möchte ich die Aufmerksamkeit nochmals auf unseren Sozialhaushalt lenken, zumal dieser immerhin rund 50 % der Aufwendungen im Ergebnishaushalt ausmacht

Der Sozialhaushalt weist in diesem Jahr keine wesentlichen Veränderungen auf. Die Haushaltsansätze sind gleichgeblieben, wobei sich anhand des Rechenschaftsberichts 2016 und der vorläufigen Jahresabschlüsse 2017 und 2018 gezeigt hat, dass bei den damaligen Ansätzen durchaus etwas Luft nach oben war.

Der Blick in die Zukunft zeigt jedoch deutlich, dass insbesondere im sozialen Bereich große gesellschaftliche Aufgaben auf uns zukommen. Beispielsweise seien hier die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sowie das Bundesteilhabegesetz, welches sich 2020 voll entfalten wird, genannt. Beides wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben, deren Umsetzung allerdings schlicht Geld kostet. Bisher wurde jedoch zwischen Bund, Ländern und Kommunen nicht wirklich geklärt, wie die Lasten der Finanzierung hier zu verteilen sind.

Es gilt in nächster Zeit auch die adäquate und bedarfsgerechte Versorgung der alternden Bevölkerung sicherzustellen. Neben der notwendigen Zahl der Angebote gilt es hier auch den richtigen Mix zu finden und sich flexibel auf die Bedürfnisse der älteren und pflegebedürftigen Menschen einzustellen. Ein Großteil der Pflegearbeit wird dabei in Familien geleistet, manchmal bis zum Rande der Belastbarkeit, insofern gilt es hier rechtzeitig durch

Kurzzeitpflegeplätze und andere unterstützende Dienste in ausreichendem Maße die Pflegearbeit der Angehörigen zu erleichtern.

Unerfreulich erscheint uns außerdem die hohe Personalfuktuation im Sozialdezernat, die zu Reibungsverlusten führt, aber auch im Falle von Krankheit oder anderweitigen Fehlzeiten, z. B. im Bereich des Unterhaltsvorschusses Engpässe erzeugt, die uns schlicht Geld kosten! Diesbezüglich regen wir an, neue Organisationsideen zu erwägen, evtl. verschiedene Bereiche zusammenzufassen, um jederzeit auch in der Vertretung flexibel arbeiten zu können.

Problematisch erscheint uns darüber hinaus die schwierige Stellenbesetzungssituation im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes. Auch wenn wir wissen, dass das Raumprogramm des Landratsamtes schon jetzt mehr als ausgereizt ist, sollte über attraktive Rahmenbedingungen für die vorwiegend weiblichen Fachkräfte nachgedacht werden. In diesem Zusammenhang möchten wir ganz ungeschützt und sicherlich noch nicht zu Ende gedacht den etwaigen Betrieb einer Kindertagesstätte innerhalb des Landratsamtes in den Ring werfen.

Kommen wir zu den Anträgen für den Haushalt 2019. Dem Antrag der DLRG Bodenseekreis, werden wir uns, nach dem die anstehenden Beschaffungen detailliert vorgelegt worden sind, mehrheitlich anschließen. Gleiches gilt für den Antrag des ZfP Südwürttemberg.

Den Antrag der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg werden wir ablehnen. Ebenso die umfangreichen Anträge der SPD-Kreistagsfraktion. Dies gilt insbesondere für die Einrichtung einer Kreisarchäologie und einer Stelle für das Mobilitätsmanagement im Bodenseekreis.

Menschen mit Handicap in der Kreisverwaltung einzustellen ist Aufgabe des Personalamtes und kann selbstständig im Rahmen des vereinbarten Personalbudgets erfolgen.

Die Anträge für Belegungsrechte von Mietwohnungen für 1,0 Mio. EUR sowie für einen Streetworker-Stellenpool sind unseres Erachtens originäre Aufgabe der Städte und Gemeinden des Bodenseekreises. Für Streetworker gibt es unterschiedlichste Anbieter, die von den Kommunen bei Bedarf in Anspruch genommen werden können. Auch der soziale Wohnungsbau, in diese Richtung zielt der Antrag der SPD-Fraktion ja, ist an sich eine Aufgabe der Städte und Gemeinden des Bodenseekreises. Belegungsrechte im Umfang von 25 % können zum Beispiel mit einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan über einen Investor umgesetzt werden. Hierzu muss die jeweilige Kommune jedoch über die entsprechenden Flächenpotentiale verfügen können – genau hier liegt das Problem! Die Stellschrauben hierfür sollten seitens des Landes Baden-Württemberg deutlich gelockert werden.

Dem Prüfauftrag an die bodo-Verkehrsgesellschaft zur Förderung eines 1-Euro-Tickets und eines 365-Euro-Jahrestickets für die Bewohnerinnen Bewohner des Bodenseekreises können wir uns durchaus anschließen, auch wenn wir glauben prognostizieren zu können, dass dies unsere finanziellen Möglichkeiten deutlich sprengen dürfte.

Ich hatte vorhin die finanzielle Situation des Landkreises in den nächsten Jahren angesprochen und kann mich über die Ausgabewut unserer Sozialdemokraten mal wieder nur wundern. Wo bleibt nur die Verantwortung für den Kreishaushalt und die nachfolgenden Generationen?

Den Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen und der CDU können wir durchaus nachvollziehen und haben über diesen in der Fraktion ebenfalls ausführlich diskutiert. Einerseits möchten wir nicht, dass der Landkreis überfinanziert ist - das ist schlicht nicht notwendig. Andererseits können wir die Begründung von Herrn Landrat Wölfe, insbesondere die Tatsache, dass man sich über diesen Darlehensvertrag einer rechtlichen Verpflichtung unterworfen hat, durchaus nachvollziehen. Darüber hinaus geht es um die Verschiebung eines Betrages von 4,05 Mio. Euro um gerade mal ein Jahr nach 2020. Aller Voraussicht nach und darauf haben wir schon im Rahmen dieser Fraktionserklärung deutlich hingewiesen, erhöhen sich dadurch lediglich die Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre, welche vermutlich sowieso recht schwierig zu finanzieren sein werden und was dann wieder mit einer deutlichen Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage einhergehen könnte. Die Freien Wähler stehen für eine nachhaltige und solide Haushaltspolitik und nicht für einen etwaigen Zickzackkurs (Hebesatz ein Jahr runter, dann wieder hinauf). Was wäre beispielsweise gewesen, wenn wir erst im März 2019 erfahren hätten, dass die Ritz GmbH diese Finanzmittel nicht benötigt. Hätten wir dann über einen Nachtragshaushalt die Kreisumlage gesenkt? Nein, mit Sicherheit nicht.

Aus diesem Grund schließen sich die Freien Wähler dem Antrag auf Senkung der Kreisumlage nicht an. Allerdings verbinden wir damit die Hoffnungen und die Zielvorstellung, dass der Hebesatz der Kreisumlage auch im Jahr 2020 stabil bleiben wird.

Meine Damen und Herren, für uns Freie Wähler gilt festzuhalten: wir sind zufrieden und stolz auf das, was in der Vergangenheit geleistet wurde und auf das, was wir 2019 leisten und umsetzen möchten.

Sie wissen, dass uns die positive Entwicklung des Bodenseekreises ganz besonders am Herzen liegt, dafür lohnt es sich zu diskutieren und politisch zu kämpfen. Die Freien Wähler stimmen deshalb dem eingebrachten Haushaltsentwurf vollumfänglich zu.

Abschließend bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion bei der Kreisverwaltung, bei Ihnen Herrn Landrat Wölfl, beim Ersten Landesbeamten Herrn Kruschwitz, dem wir schon jetzt alles Gute für das troisieme age wünschen, beim Finanzdezernenten Herrn Hermanns und seinem Team der Kämmerei, bei den Dezernenten Frau Schuster, Herrn Wetzl und natürlich allen Amtsleitern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes Bodenseekreis für die geleistete Arbeit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr 2018.

Ich danke auch für die vertrauensvolle, offene und engagierte Arbeit auf der Ebene der Fraktionsvorsitzenden. Insbesondere dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion für das engagierte Zusammenarbeiten im Vorfeld der Aufstellung dieses Kreishaushaltes.

Ihnen allen wünschen wir nunmehr eine besinnliche Weihnachtszeit sowie ein erfolgreiches, gutes und gesundes Jahr 2019.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.